



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/184 - 12.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Carlo Schmid über die Außenpolitik der SPD	S. 1
Die Beerdigung des Peronismus	S. 3
Der neue Personalchef im A.A.	S. 5

Nur unterzeichnen, was haltbar ist

In der Juli-Ausgabe der in den USA vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift "Foreign Affairs" entwickelte der Vizepräsident des Bundestages, Prof. Carlo Schmid, ein umfassendes Bild sozialdemokratischer Vorstellungen über eine deutsche Außenpolitik. Wir bringen im folgenden einen Auszug:

"Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist weder dogmatisch noch doktrinär. Sie beruht auf der Erkenntnis der Bedeutung gewisser Realitäten für den Frieden und die Chancen der Demokratie in Deutschland und der Welt und auf der Bewertung der erfahrungsmäßig zu erwartenden Auswirkungen gewisser Verhaltensweisen. Daraus hat sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine klare außenpolitische Konzeption gebildet, an der die Partei so lange festhalten wird, als nicht neue Tatsachen sie zur Überprüfung ihrer bisherigen Erkenntnisse und konkreten Zielsetzungen zwingen. Ihr grundsätzlicher Entschluß - komme, was auch immer wolle -, alles unter das Gesetz des Friedens, der schöpferischen Zusammenarbeit der Völker und der Erhaltung und Entfaltung der Demokratie zu stellen, kann durch kein noch so schwerwiegendes Ereignis verändert werden.

Die SPD hält es für einen Fehler, politische Probleme irgendwelcher Art ausschließlich von nationalen Gegebenheiten und im Hinblick auf das national-egoistische Interesse allein zu betrachten und lösen zu wollen; sie ist zutiefst von der Interdependenz aller nationalen Probleme überzeugt und hält nur solche Lösungen für sinnvoll und dauerhaft, durch die ein vernünftiger und allen zuträglicher Ausgleich der widerstreitenden Interessen erzielt wird. Sie glaubt aber nicht, daß man den Nationalismus dadurch überwindet, daß man sich nationalistischen Ansprüchen anderer unterwirft, und sie weigert sich, dies auch dann zu tun, wenn dieser Nationalismus unter internationaler Flagge segelt. Echter Internationalismus verbietet es geradezu, die Interessen der eigenen Nation denen anderer Nationen nur deswegen zu opfern, weil jene anderen Staaten sich machtpolitisch in der Lage glauben,

ihre Interessen ohne entsprechende Gegenleistung oder ohne entsprechenden Ausgleich durchsetzen zu können. Wo die SPD solche Absichten zu erkennen glaubt, sagt sie "Nein", denn sie ist fest davon überzeugt, daß die großen Prinzipien der freiheitlichen Menschheit auf die Dauer nur auf der Grundlage der Selbstbehauptung und der Selbstachtung der Völker gedeihen können.

Eine der Hauptursachen des Unheils, das die Zeit nach dem ersten Weltkrieg über die Welt brachte, war der Umstand, daß man die Deutschen durch den Zwang, Verträge zu unterzeichnen, deren Inhalt einem Volk nur in den Augenblicken der ersten und tiefsten Depression nach der Niederlage erträglich erscheint, zu einer Außenpolitik des Revisionismus geradezu verpflichtet hat. Wann aber die Außenpolitik eines großen Volkes ein Jahrzehnt lang darauf beschränkt wird, sich gegen die Unterschrift, die man gestern geleistet hat, zu wenden, wird die politische Atmosphäre notwendig vergiftet: der eine ist erbittert über den Widerstand des durch die Unterschrift Begünstigten, und dieser wiederum empfindet den Revisionisten als treulos, unzuverlässig und als Störenfried. Man kennt die Folgen.

Die SPD kämpft darum erbittert dagegen an, daß die Regierung der Bundesrepublik Verträge unterzeichnet, von denen sicher ist, daß das deutsche Volk sie in wenigen Jahren als unzumutbar empfinden wird. Sie ist nur bereit, sich hinter Vertragswerke zu stellen, von denen sie überzeugt ist, daß die Deutschen ihren Inhalt auch in einer Reihe von Jahren noch werden wollen können. Wo solche Verträge noch nicht möglich sind, sollte man sich auf die Regelung eines modus vivendi beschränken, der im Einverständnis aller der *clausula rebus sic stantibus* unterworfen werden sollte (das heißt ein Vorbehalt, daß der Vertrag gegenstandslos wird, wenn sich die Verhältnisse, unter denen er geschlossen wurde, ändern. - Ann. d. Red.)

Man sollte begreifen, daß es nicht stupides Hängen an Prestigefragen ist, wenn die SPD erklärt, daß Bindungen von großer Tragweite und für lange Dauer von Deutschland so lange nicht eingegangen werden können, als der Bundesrepublik die Souveränität verweigert wird: die Völker halten sich auf die Dauer nur dann für im Gewissen verpflichtet, wenn sie ihre Zustimmung zu schicksalhaften Bindungen in voller Entscheidungsfreiheit gegeben haben. Weil die SPD möchte, daß das Zusammenleben der Völker auf solide Grundlagen gestellt wird und das deutsche Volk auf Teile seiner Souveränität ohne Hintergedanken verzichten kann, besteht sie darauf, daß die Hypotheken gelöscht werden, die noch auf der Handlungsfreiheit des deutschen Volkes liegen. Ein Volk kann nicht durch Dritte in eine überstaatliche Gemeinschaft eingebracht werden, es sei denn, man mude ihm zu, sich als bloßes Objekt der Absichten anderer behandeln zu lassen; wenn von Freien auf Souveränitätsrechte verzichtet werden soll, muß man sie zuerst haben.

Schließlich beurteilt die SPD jede politische Situation und jedes politische Vorhaben im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Kraft und Bereitschaft der Bevölkerung der russisch besetzten Zone, dem Druck und den Lockungen der Besatzungsmacht und der von ihr geschaffenen und beherrschten Staatspartei zu widerstehen. Man sollte nicht vergessen, daß auch tapferere Völker in der Lage sind, sich an schlimme Herrschaftssysteme zu gewöhnen, die entschlossen sind, von den Instrumenten des Terrors und der Propaganda rücksichtslosen und virtuosen Gebrauch zu machen. Dabei bekommen sie gelegentlich unfreiwillige Bundesgenossen: gewisse Maßnahmen im Westen Europas, insbesondere Deutschlands, die Zweifel an der Glaubwürdigkeit des demokratischen Ethos, das der Westen für sich in Anspruch nimmt, geweckt haben. Darum hat die SPD vor Maßnahmen, die sich so auswirken könnten, gewarnt und gegebenenfalls denen die Gefolgschaft verweigert, die sich durch diese Warnungen nicht von ihren Vorhaben abbringen ließen.

Eine Tote ohne Erben

Von unserem Süd-Amerika-Mitarbeiter

Erst jetzt, nachdem Eva Peron zu Grabe getragen worden ist, wird ganz klar, daß der Tod dieser Frau eine gähnende Leere im politischen Leben Argentiniens hinterlassen hat.

Das ist umso mehr der Fall, als der Peronismus nicht, wie der deutsche, italienische oder spanische Faschismus, als eine von einer Idee getragene Bewegung zur Macht gelangte. Was heute als "Justizialismus" die Theorie des Peronismus bildet, ist erst lange nach dem Machtantritt Perons erfunden und konstruiert worden. Das Volk weiß nichts vom "Justizialismus", es glaubte an - Eva Peron. Auch die "Staatsgewerkschaften" waren eben die Gewerkschaften Eva Perons. Wer die Personen und Namen der gegenwärtigen Leiter der argentinischen Gewerkschaften kennt, ist sich darüber klar, daß sich unter ihnen niemand befindet, der die Nachfolge Eva Perons antreten könnte. Im Gegenteil, schon zu Lebzeiten Eva Perons war es nur ihr Machtwort und ihr Eingreifen, das die kleinen Geister, die als ihre Günstlinge die leitenden Posten in den Gewerkschaften erhalten hatten, im Zaume halten konnte. Sobald der Nimbus des Todes und die Landestrauer, die vorläufig noch die Geister gefangen hält, zu verblassen beginnen, wird innerhalb der peronistischen Partei und der Gewerkschaften der Kampf aller gegen alle losgehen. Schon während der Herrschaft Eva Perons mußten wiederholte "Säuberungen" in Partei und Gewerkschaften vorgenommen werden, selbst im Parteivorstand und in der Parlamentsfraktion wurden Ausschlüsse verhängt. Wenn sie hingenommen wurden oder höchstens zu leicht niederzuhaltenden Sympathiestreiks führten, so war das oft nur nach persönlichem Eingreifen Eva Perons der Fall. Die argentinischen Gewerkschaften durften und dürfen - im Gegensatz zur Arbeitsfront Hitlers und Francos - streiken, Eva Peron war immer imstande, solche Streiks zu beenden, wenn es dem Regime notwendig schien.

Peron hat jetzt die ersten Schritte unternommen, um die Befugnisse und die Macht der Verstorbenen auf seine Person zu konzentrieren. Es wird ihm nicht gelingen. Zu ihm haben die argentinischen

Arbeitermassen nicht das rein gefühlsmäßige fanatische Vertrauen, das sie der Verstorbenen entgegenbrachten. Argentinien und die das politische Leben des Landes bestimmende Hauptstadt Buenos Aires haben nie eine geschlossene, klassenbewußte Arbeiterschaft gehabt und haben sie heute noch weniger, nachdem der Peronismus drei Jahre lang Einwandererscharen aus aller Herren Länder in das Land gepumpt hat. Argentinien war in den letzten drei Jahren das größte Einwanderungsland der Welt, die Einwanderer kamen mit den verschiedensten Ideologien, mit der unterschiedlichsten Vergangenheit in das Land und man lehrte sie nur eines: Eva Peron hilft Euch, aus ihrer Stiftung bekommt ihr Unterstützung, sie verschafft Euch Arbeit, sie sorgt dafür, daß man Euch nicht von dem Stück Land vertreibt, das ihr besetzt habt, mögen auch die Bemberg, die Saavedra, die Braun, die Melendez die klügsten Rechtsanwälte aufbieten und ihre Besitztitel bis zu den Zeiten Karls V. zurückreichen.

Argentinien hat die älteste gewerkschaftliche und sozialistische Bewegung Südamerikas besessen. Aber nie sind die Gewerkschaften oder die Sozialisten einig gewesen, nie haben sie die Massen länger als eine Wahl oder bis zu einem Großstreik halten können. Immer kämpften Führergruppen gegen Führergruppen - und die Führer, die Eva Peron zurückläßt, kennen sich noch weniger als die der alten freien sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung. Die meisten von ihnen sitzen erst ein oder höchstens zwei Jahre in ihren Stellungen, gewählt wurden sie meist nur als Kandidaten Eva Perons.

Eva Peron hinterläßt das Proletariat Argentiniens mutterlos - hierin haben die Trauernden recht. Aber das ist eben das Verhängnisvolle der persönlichen Herrschaft. Jeder Versuch, heutzutage einen Staat patriarchalisch zu regieren, muß mit einer Katastrophe enden. Eva Peron war eine Episode in der argentinischen Geschichte, mit ihr starb der "Peronismus" - selbst wenn Peron mit der Polizei oder einer Offiziersgruppe an der Macht bleiben sollte.

+ + +

Personalchef Peter Pfeiffer

Es ist also nicht möglich gewesen, zum Personalchef des Auswärtigen Amtes einen Mann zu machen, der in dem Bericht des Untersuchungsausschusses über die Personalpolitik dieses Ministeriums ohne jeden negativen Vorbehalt genannt ist oder der überhaupt ausserhalb jeder begründeten Kritik seiner politischen und fachlichen Eignung steht.

Der Generalkonsul Peter Pfeiffer ist ohne Zweifel für den auswärtigen Dienst ein Fachmann. Er trat 1926, 31 Jahre alt, in das alte Auswärtige Amt ein und blieb dort bis zum Ende des letzten Krieges. Vom 1. Dezember 1949 an leitete er die Diplomatenschule in Speyer, die Ausbildungszentrale des neuen auswärtigen Dienstes. In dem Ausschussbericht heisst es am Schluss, man habe gegen eine weitere Verwendung auch deshalb keine Bedenken, weil es sich bei Pfeiffer "offensichtlich um einen gut begabten und gebildeten Mann handelt, der fünf Fremdsprachen, u.a. italienisch und russisch, beherrscht".

Trotz dieser fünf Fremdsprachen hat der Ausschuss empfohlen, für den Generalkonsul Pfeiffer im ersten Jahr keine Verwendung im Ausland in Aussicht zu nehmen. Offenbar ist man dabei von der etwas seltsamen Annahme ausgegangen, Pfeiffer werde auf fremden Plätzen nach diesem Zeitraum zumutbarer sein als heute, was ja wohl einen vernünftigen Sinn nur dann haben kann, wenn dieses Jahr eine Bewährungsfrist bedeuten soll. Die wird er nun, merkwürdige Logik, auf einem Posten absolvieren, auf dem er, der Nichtzugelassene, entscheidend bei der Auswahl der Missionschefs für das Ausland mitwirkt.

Ein bisschen Anstoss hat der Ausschuss bei dem Generalkonsul Pfeiffer, der schliesslich erst im April 1941 Mitglied der NSDAP wurde, an einem Telegramm genommen, das Pfeiffer als Generalkonsul von Algier aus an den "Führer" gerichtet hat, aus Anlass der Landung in Nordafrika. Es hatte einen bitteren Inhalt, schloss aber mit der schönen Formel "Sieg-Heil für Führer und Deutschland". Viel unerfreulicher aber ist der Ausschuss-Hinweis auf die "auffallend gute Beurteilung durch die Parteistellen der NSDAP", wofür es viele Belege gibt. Selbst die Tatsache, dass Pfeiffer "praktizierender Katholik" war, was die Nazis wussten und besonders erwähnten, hat diese auffallend günstige Beurteilung nicht abschwächen können. Heute hat die gleiche Tatsache den Ausschlag für die neue Bevorzugung gegeben.

Peter Pfeiffer hat bisher die jungen Diplomaten-Anwärter auf ihren exklusiven Beruf vorbereitet, den man allmählich etwas weniger exklusiv auffassen sollte. Es gab bereits Einwände, als ihm dieser Auftrag zuteil wurde. Vielleicht waren sie sogar berechtigter als die aus dem heutigen Anlass, denn bei den jungen Menschen in Speyer war wohl, auf weite Sicht gesehen, mehr zu verderben als in Bonn, wo ohnehin der Geist der alten Schule, untermischt mit einigen handfesten Belastungen aus der Ribbentrop-Zeit, herrscht. Vielleicht wird mancher aus dem Kreis der Auguren bei dieser Ernennung das alte Fuchsmajor-Lied vor sich hingesummt haben, neidvoll oder ironisch: Und sie konnten keinen besseren finden...

-u.

Verantwortlich: Peter Raunau